

Ministerium für
Wirtschaft, Innovation,
Digitales und Energie

SAARLAND



Abteilung E: Wirtschafts- und
Standortpolitik

GD Binnenmarkt, Industrie,
Unternehmertum und KMU (GD GROW)
Frau Generaldirektorin Kerstin Joma
Avenue d'Auderghem 45
B-1049 Bruxelles

Referat: E/1
Zeichen: PFAS RR
Bearbeiter: [REDACTED]
Tel.: [REDACTED]
Fax: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]@wirtschaft.
saarland.de
Datum: 16.08.2023

Pauschales PFAS-Verbot gefährdet Unternehmen sowie die grüne und digitale Transformation

Sehr geehrte Frau Joma,

die Europäische Chemikalienagentur ECHA hat vor Kurzem einen Vorschlag zur umfassenden Beschränkung von Per- und Polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) vorgelegt. Eine Regulierung von PFAS ist zum Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt zu begrüßen. Ein Pauschalverbot geht jedoch zu weit, denn für viele PFAS gibt es noch keine Ersatzstoffe, die die Eigenschaften gleichwertig erfüllen. Ein Verbot sämtlicher PFAS würde zahlreiche saarländische Unternehmen sowie Ansiedlungsprojekte, die für die Transformation der Saarländischen Wirtschaft erforderlich sind, gefährden.

So baut der amerikanische Halbleiterhersteller Wolfspeed am saarländischen Standort Ensdorf die weltweit größte Chip-Fabrik für besonders energieeffiziente Halbleiter aus Siliziumkarbid für E-Autos. Das IPCEI-Projekt entspricht den strategischen Zielen der Union und ist beihilferechtlich genehmigt. Fluorchemikalien sind jedoch in der Halbleiterproduktion unverzichtbar. Eine umfassende Beschränkung von PFAS würde den Strukturwandel an der Saar ausbremsen und dem Europäischen Chips-Act entgegenlaufen, mit dem die Kommission die digitale Souveränität Europas und die Versorgungssicherheit stärken möchte.



Minister/Stellvertretender Ministerpräsident
Jürgen Barke

Franz-Josef-Röder-Straße 17 · 66119 Saarbrücken
Tel.: +49 (0) [REDACTED] · Fax: +49 (0) [REDACTED]
[REDACTED]@wirtschaft.saarland.de · www.wirtschaft.saarland.de

Ferner plant der chinesische Automobilzulieferer SVOLT im saarländischen Überherrn eine Zellfabrik für Lithium-Ionen-Batterien für E-Fahrzeuge. Lithium-Ionen-Batterien müssen hohen Ansprüchen bezüglich der Lebensdauer, der Ladegeschwindigkeit, einer hohen Energiedichte und einer dauerhaften Ladekapazität genügen. Zur Erfüllung dieser Anforderungen sind Fluor-Kohlenstoffverbindungen aufgrund ihrer Stabilität unverzichtbar.

Um den industriellen Wandel und den Green Deal nicht zu gefährden, möchte ich Sie daher um die Beibehaltung eines risikobasierten Regulierungsansatzes bitten. Wie bisher in der EU-Chemikalienregulierung üblich, sollten einzelne PFAS-Stoffe und Stoffgruppen je nach Risikoprofil differenziert bewertet werden. Von einem pauschalen Verbot aller PFAS-Verbindungen bitte ich abzusehen. Vielmehr muss es möglich sein, PFAS-Verbindungen als „substances of low concern“ einzustufen und PFAS in geschlossenen Anlagen bzw. verkapselt zu verwenden. Einzelne Ausnahmen und längere Übergangsfristen reichen nicht aus.

Mit freundlichen Grüßen

